

485330-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen im Bereich Geotechnik – Bw 102, Ersatzneubau
Vorpommernbrücke sowie Umbau L 22
OJ S 133/2026 14/07/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Tiefbauamt

E-Mail: tiefbauamt@rostock.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Bw 102, Ersatzneubau Vorpommernbrücke sowie Umbau L 22

Beschreibung: Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Tiefbauamt, plant den Ersatzneubau der Vorpommernbrücke (BW 102) im Zuge der L 22 über die Warnow. Im Ergebnis einer Machbarkeitsstudie wurde eine Vorzugsvariante entwickelt, die eine Warnowquerung aus 2 Teilbauwerken festlegt. In diesem Zuge sind die Verkehrsanlagen auf dem Bauwerk selbst sowie die auf beiden Seiten vorgelagerten Streckenabschnitte bis zu den Anschlussknoten West und Ost zu planen und zu erneuern. Dabei sind sowohl 2 KFZ- Fahrstreifen stadteinwärts und 2 KFZ- Fahrstreifen stadtauswärts als auch beidseitige Geh- und Radwege zu berücksichtigen. Die vorgesehene Planung der Maßnahme gliedert sich thematisch im Wesentlichen in 3 Teile: 1. die Planung eines neuen Teilbauwerkes Nord (ggf. zzgl. Moorbrücken Nord) mit den entsprechenden verkehrlichen Anbindungen an die benachbarten Knoten, 2. die Planung des Abbruches der Bestandsbauwerke (Vorpommernbrücke, Moorbrücken, Verkehrszeichenbrücke), 3. die Planung eines neuen Teilbauwerkes Süd (ggf. zzgl. Moorbrücken Süd) einschließlich der Planung einer Verkehrszeichenbrücke mit den entsprechenden verkehrlichen Anbindungen an die benachbarten Knoten.

Kennung des Verfahrens: 86a3ba01-67f7-4b4a-9967-61bcabb2e60a

Interne Kennung: F063/66/26

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71332000 Dienstleistungen im Bereich Geotechnik

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Rostock

Postleitzahl: 18055

Land, Gliederung (NUTS): Rostock, Kreisfreie Stadt (DE803)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m.

§§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Es gelten die gesetzlichen

Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den

Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Es

gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126

GWB. Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Es gelten die gesetzlichen

Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den

Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Betrug: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123

bis 126 GWB. Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Korruption: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§

123 bis 126 GWB. Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Es gelten die gesetzlichen

Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den

Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Es gelten die gesetzlichen

Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den

Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Es gelten

die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB.

Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die gesetzlichen

Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den

Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die gesetzlichen

Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den

Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die gesetzlichen

Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den

Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Zahlungsunfähigkeit: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.

V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Es gelten die gesetzlichen

Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den

Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Es gelten die gesetzlichen

Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den

Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach § 42 VgV i.V.m. §§ 123 bis 126 GWB. Weiteres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Bw 102, Ersatzneubau Vorpommernbrücke sowie Umbau L 22

Beschreibung: Erstellung von geotechnischen Planungsleistungen für den Ersatzneubau einer Straßenbrücke, bestehend aus 2 Teilbauwerken Nord und Süd, ggf. erforderlichen vor- und nachgelagerten Moorbrücken Nord und Süd, einer Verkehrszeichenbrücke sowie den erforderlichen Unterbau der Verkehrsanlagen bis zu den Knotenpunkten Gaffelschonerweg / Warnowstraße im Westen und Petridamm / Verbindungsweg im Osten in allen Leistungsphasen der HOAI mit Grundleistungen und Besonderen Leistungen. Voraussichtliche Kosten Baukonstruktion: 1. Straßenbrücke TBW Nord und Süd: 54 Mio EUR netto Abbruch Bestandsbauwerk Bw. 102: 3,5 Mio EUR netto 2. VZB + ggf. erforderliche Moorbrücken: 11,5 Mio EUR netto Abbruch Bestandsbauwerke Bw. 114, Bw 115, VVZB 02: 2,9 Mio EUR 3. Verkehrsanlage Straße: 5,33 Mio EUR Die Beauftragung erfolgt stufenweise; Stufe I beinhaltet den Grundauftrag (Teilleistungen a, b und c HOAI inkl. Besondere Leistungen, Stufe II (Besondere Leistungen: Baubegleitung IBW Nord + VA Nord) +III (Baubegleitung IBW Süd + VA Süd) sind optional.

Interne Kennung: F063/66/26

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71332000 Dienstleistungen im Bereich Geotechnik

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Rostock

Postleitzahl: 18055

Land, Gliederung (NUTS): Rostock, Kreisfreie Stadt (DE803)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 14 Jahre

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 44 VgV Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 12 Monate bezogen auf den Ablauf der Angebotsfrist, beizubringen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 45 (4) Nr. 2 VgV: Nachweis einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung oder eine unbedingte Erklärung des Versicherers, im Auftragsfall eine projektbezogene Versicherung mit folgenden Deckungssummen abzuschließen: Für Personenschäden: mindestens 3,0 Mio. EUR. Für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden): mindestens 3,0 Mio. EUR. Umweltschäden nach dem Umweltschadengesetz sind von der Berufshaftpflicht einzuschließen. Die Deckungssummen müssen 2-fach maximiert pro Versicherungsjahr oder projektbezogen ohne Anrechnung auf andere Objekte (Objektversicherung) zur Verfügung stehen. Der Nachweis darf nicht älter als 12 Monate sein.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 45 (4) Nr. 4 VgV: Mindestjahresumsatz (netto) des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags: 90 Tsd EUR netto im Leistungsbild Geotechnik.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 46 (3) Nr. 2 VgV: Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, inkl. berufliche Befähigung. 1. Allgemeine sprachliche Anforderungen: Der für die Auftragsausführung vorgesehene Mitarbeiter muss über deutsche Sprachkenntnisse mindestens auf dem Niveau C1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) oder über gleichwertige Sprachkenntnisse verfügen. Die Sprachkenntnisse müssen gewährleisten, dass die Kommunikation mit dem Auftraggeber, Behörden und sonstigen Projektbeteiligten sowie die Erstellung und Erläuterung der im Aufgabenbereich anfallenden Unterlagen in deutscher Sprache möglich ist. Der Nachweis erfolgt im ersten Schritt über eine Eigenerklärung. 2. Fachliche Mindestanforderungen und Berufserfahrung Benennung von mindestens 1 verantwortlichen Mitarbeiter für die geotechnischen Planungsleistungen mit einem erfolgreich abgeschlossenen Hochschul- oder

Fachhochschulstudium (Diplom, Master, Bachelor) der Fachrichtung Bauingenieurwesen (vorzugsweise mit Schwerpunkt Geotechnik/Erd- und Grundbau), der Ingenieurgeologie, der Geotechnik, der Angewandten Geowissenschaften oder einer vergleichbaren technischen /naturwissenschaftlichen Fachrichtung sowie einem vergleichbaren, gleichwertigen Hochschulabschluss. Die benannte(n) Person(en) muss/müssen mindestens fünf Jahre Berufserfahrung in der geotechnischen Planung und Bearbeitung von Brückenbauwerken und Verkehrsanlagen im Straßenbau nachweisen. Die Berufserfahrung muss die Baugrundbeurteilung und die Erarbeitung von Gründungsempfehlungen umfassen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 46 (3) Nr. 1 VgV: Unternehmensreferenzen Zum Nachweis der Erfahrung mit vergleichbaren Leistungen hat der Bieter mindestens drei Referenzprojekte über erfolgreich erbrachte Leistungen aus dem Zeitraum der letzten 7 Jahre (Stichtag: Ablauf der Angebotsfrist) einzureichen. Die Grundleistungen (Phasen a, b und c gemäß HOAI, Anlage 1, Punkt 1.3) müssen für diese Projekte jeweils vollständig erbracht worden sein. Referenzbereich 1 (Brückenbauwerke): Mindestens 2 Baugrundgutachten (Geotechnische Berichte) für Brückenbauwerke, welche mindestens der Honorarzone IV (gem. HOAI Anl. 1, Pkt. 1.3) zuzuordnen sind. Die Brückenbauwerke müssen eine Tiefgründung (z. B. Pfahlgründung) aufgewiesen haben. Referenzbereich 2 (Verkehrsanlagen): Mindestens 1 Baugrundgutachten (Geotechnischer Bericht) für eine Verkehrsanlage, welches mindestens der Honorarzone III (gem. HOAI Anl. 1, Pkt. 1.3) zuzuordnen ist und bei dem bodenverbessernde Maßnahmen planerisch untersucht, bemessen oder bewertet wurden. Eine Referenz kann gleichzeitig für Referenzbereich 1 und Referenzbereich 2 anerkannt werden, sofern sämtliche Anforderungen beider Referenzbereiche erfüllt sind.

Kriterium: Anzahl der Führungskräfte

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 46 (3) Nr. 8 VgV: Durchschnittliche jährliche Beschäftigungszahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren. Der Bieter muss in den letzten drei Jahren durchschnittlich mindestens zwei Beschäftigte für die Erbringung geotechnischer Planungsleistungen beschäftigt haben.

Kriterium: Werkzeuge, Anlagen oder technische Ausrüstung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 46 (3) Nr. 9 VgV: Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung, über die das Unternehmen für die Ausführung des Auftrags verfügt (Eigentum, Miete, Leasing oder im Wege der Eignungsleihe gemäß § 47 VgV) Marktübliche Software, mögliche digitale Übergabe mit .dwg-, .dxf- und GAEB-Datenaustausch, für die Anwendung der Software benötigte leistungsfähige Hardware.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 46 (3) Nr. 10 VgV: Teil des Auftrages, der unter Umständen an Unterauftragnehmer vom Bieter vergeben werden sollen. Der Bieter ist nur dann geeignet, wenn die von ihm benannten Nachunternehmer den Mindeststandards für die übernommenen Leistungen genügen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Angebotspreis

Beschreibung: Angebotspreis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 28/08/2026 23:59:59 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://evergabe-mv.de/Satellite/notice/CXRBYYQY6MH/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: Die Kommunikation zum Verfahren erfolgt bis zur Angebotseröffnung ausschließlich über das Vergabeportal.

URL: <https://evergabe-mv.de/Satellite/notice/CXRBYYQY6MH>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://evergabe-mv.de/Satellite/notice/CXRBYYQY6MH>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 04/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 2 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Unterlagen nachzufordern.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 04/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Die Vergabekammer des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei dem Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB - Einleitung, Antrag (1) Die

Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist

jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Tiefbauamt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Tiefbauamt

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Tiefbauamt

Registrierungsnummer: 13003000-K660-50

Postanschrift: Holbeinplatz14

Stadt: Rostock

Postleitzahl: 18069

Land, Gliederung (NUTS): Rostock, Kreisfreie Stadt (DE803)

Land: Deutschland

E-Mail: tiefbauamt@rostock.de

Telefon: +49 381381-6681

Internetadresse: <https://www.rostock.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Die Vergabekammer des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei dem Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit

Registrierungsnummer: VKMV-13-L50010000000-78

Postanschrift: Johannes-Stelling-Straße 14

Stadt: Schwerin

Postleitzahl: 19053

Land, Gliederung (NUTS): Schwerin, Kreisfreie Stadt (DE804)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wm.mv-regierung.de

Telefon: +49 385588-15164

Fax: +49 38558848515817

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: ac89e9f4-deb4-4d9e-bfbd-4c58976946c2 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/07/2026 14:37:01 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 485330-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 133/2026

Datum der Veröffentlichung: 14/07/2026